

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
im Email-Verteiler



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Berliner Büro

**Unter den Linden 71
Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

Berlin, 23. September 2022

Ukraine unterstützen, Bürger entlasten, Internetkriminalität bekämpfen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

die Erfolge der ukrainischen Armee, die berechtigten Sorgen des Mittelstandes und die Angst vor steigenden Gas-, Strom und Spritpreisen prägten diese parlamentarische Sitzungswoche. Je länger der Krieg in der Ukraine dauert und je deutlicher wir die volkswirtschaftlichen Folgen im eigenen Portemonnaie spüren, desto deutlicher wird, dass die Ampel politisch bankrott ist. Unter Zeitenwende hatte ich mir etwas anderes vorgestellt.

Je zügiger die Ukraine militärische Erfolge erzielt desto schneller endet der Krieg

Für uns in der Union ist klar: Je zügiger die Ukraine militärische Erfolge erzielt, desto besser wird ihre Verhandlungsposition und desto schneller endet der Krieg. Diesen Zusammenhang scheint die Ampel nicht zu sehen. Die Bundesregierung zögert und zaudert in der Unterstützung für die Ukraine. Das kostet letztlich ukrainischen Soldaten das Leben. Unsere Partner in Mittel- und Osteuropa sowie unsere NATO-Verbündeten erwarten zu Recht mehr Engagement. Wir fordern die Bundesregierung auf, nun endlich das verfügbare Material aus Beständen der Industrie und der Bundeswehr zu liefern. Die Industrie hat Anträge auf Auslieferung von Waffen gestellt, die die Regierung abgelehnt



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

hat. Die Lieferung von MARS II-Raketenwerfern und einiger Dingos ist begrüßenswert, aber alles andere als eine kraftvolle Initiative. Unsere Partner warten auf Initiative aus Berlin. Statt sich hinter angeblichen Absprachen im Kreis der internationalen Partner zu verstecken, fordern unsere amerikanischen Partner mehr Führungsverantwortung – hierfür ist spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen. Dennoch: Im Plenum des Deutschen Bundestags hat die Ampel unseren [Antrag „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Ukraine jetzt entschlossen mit schweren Waffen unterstützen“](#) zur Genehmigung für die Ausfuhr von Kampf-, Schützen- und Transportpanzern aus Industriebeständen an die Ukraine abgelehnt. Darüber, was die Ukraine jetzt braucht, habe ich mit unserem Verteidigungsexperten Roderich Kiesewetter gesprochen. [Hier finden Sie das Video.](#)

Unternehmer und Bürger brauchen Unterstützung – Habeck agiert konzeptlos

Bürger und Unternehmer spüren die volkswirtschaftlichen Folgen des Krieges und erwarten zu Recht zielgenaue Hilfen. Die Ampel verkennt offenbar den Ernst der Lage. Die Wirtschaft braucht jetzt unsere Unterstützung. Mit jedem eingestellten Betrieb gehen wertvolle Arbeitsplätze verloren. Viele Unternehmer aus unserer Region haben sich in den vergangenen Tagen am mich gewandt. Statt vagen Ampel-Versprechen braucht es unbürokratische und rasche Unternehmenshilfen. Dabei dürfen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht weiter vertröstet werden. Schließlich ist der Mittelstand der Motor der deutschen Wirtschaft, so auch bei uns in der Region. Es beunruhigt mich, dass Wirtschaftsminister Habeck dünnhäutig und konzeptlos agiert. Die im dritten Hilfspaket versprochenen Hilfen für Bürger und Unternehmer lassen nach wie vor auf sich warten.

In dieser Situation wären zusätzliche Belastungen fatal – deshalb muss die Gasumlage abgeschafft werden. Auch dies lehnt die Ampel ab, trotz der Verstaatlichung von Uniper. Die Ampel blendet die Angebotsseite des Energiemarktes komplett aus. Jetzt wäre ein Stilllegen der drei noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke unverantwortlich. Ein zeitlich befristeter Weiterbetrieb leistet hingegen, unabhängig von Tageszeit und Witterung, einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung, zur europäischen Solidarität und zur Weiterverfolgung der nationalen Klimaziele. Ein ideologisches Festhalten am Atomausstieg zum Jahresende verschlechtert hingegen die Versorgungslage für Bürger und Unternehmen weiter. Ich bin gespannt, ob sich die FDP gegen die Grünen bei der Frage nach einem befristeten Weiterbetrieb der laufenden Atomkraftwerke durchsetzen kann. Zweifel sind auf jeden Fall angebracht. Zudem bedarf es einer Korrektur des Strommarktdesigns, ein Aussetzen der Netzentgelte für 2023 und eine Absenkung der Stromsteuer auf EU-Minimum. So bekommen wir Ordnung in den Strommarkt.

Ich gebe zu, auch mit den von der Union vorgeschlagenen Lösungen, werden die Probleme über Nacht nicht verschwinden noch die Preise sofort massiv sinken. Deshalb brauchen private Verbraucher und Unternehmen wirkungsvolle Hilfen: vor allem einen



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Bürger-Basispreis beim Gas, eine gezielte Entlastung der Haushalte im unteren Einkommensdrittel und rasche und unbürokratische Unternehmenshilfen – vor allem auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie kommunale Energieversorger. [Auch dazu hat die Union Vorschläge im Bundestag eingebracht](#), die die Ampel angelehnt hat.

Kindesmissbrauch bekämpfen: Ampel hat nach EuGH-Urteil keine Ausreden mehr

Zur Innenpolitik: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 20. September 2022 sein Urteil zum deutschen Gesetz über Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsverkehrsdaten verkündet. Das Gericht bestätigt seine Auffassung, wonach das EU-Recht einer allgemeinen und unterschiedslosen Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten grundsätzlich entgegensteht.

Mit diesen technischen Begriffen sind konkrete Probleme verbunden. Um Kinderschänder im Internet aufzuspüren und Pädophilenringe, die Daten über Internetplattformen austauschen, aufliegen zu lassen, sind IP-Adressen die wichtigsten und oft die einzigen digitalen Beweismittel. Ohne Speicherpflicht sind diese Beweise vielfach gelöscht und die IP-Adresse kann keiner konkreten Person mehr zugeordnet werden. Aus Sicht des EuGH ist die bisherige Regelung nicht mit EU-Recht vereinbar, das Gericht hat gleichzeitig aber Spielraum für eine Neuregelung gelassen. Mit dem Urteil ist Europäischen Gerichtshofs ist klar: Eine befristete Speicherung von IP-Adressen zur besseren Aufklärung und Verfolgung von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen ist zulässig.

Die Bundesregierung hat nun keine Ausrede mehr. Sie muss endlich ein Gesetz vorlegen.

Jahrelang haben sich SPD, Grüne und FDP hinter dem ausstehenden Urteil versteckt und sind nicht tätig geworden. Dieses Versteckspiel muss mit dem heutigen Tag ein Ende haben. Mich macht es fassungslos, dass sich Grüne und FDP hinter falsch verstandenen Bürgerrechten verstecken und damit nur die Täter schützen. Innenministerin Faeser und Justizminister Buschmann müssen jetzt ihren Streit beenden und umgehend für eine praxistaugliche und rechtssichere Regelung zur Speicherung von IP-Adressen sorgen. In den vergangenen fünf Jahren konnte die Polizei mehr als 19.000 Hinweisen auf Kinderpornografie nicht nachgehen, da Daten nicht gespeichert wurden. Das ist ein unerträglicher Zustand. Kinderschutz muss endlich Vorrang vor dem Datenschutz haben.

Viele Grüße aus Berlin

Für Rückfragen stehe ich unter marc.henrichmann@bundestag.de zur Verfügung. Mehr über meine Arbeit finden Sie auf meiner [Homepage](#), bei [Facebook](#), [Instagram](#) und [Twitter](#).